

Nr. 15

INTERIM

5. August 1988

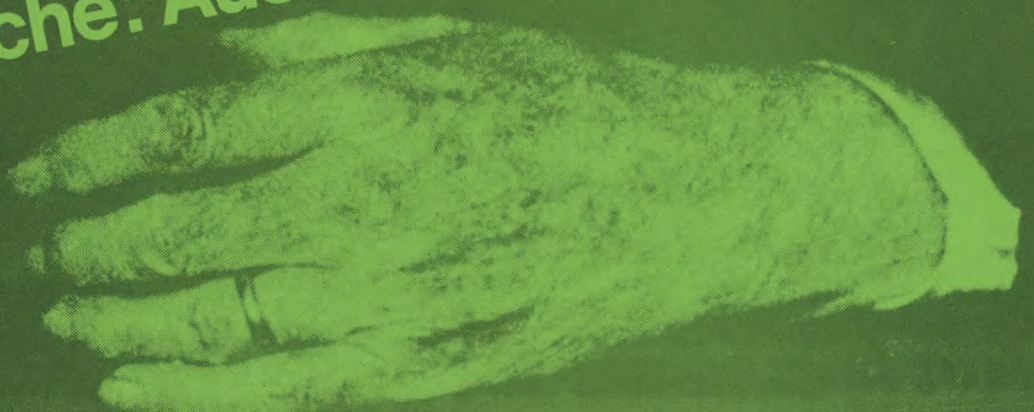
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadiv.org/infoladen_leipzig

Wöchentliches Berlin Info

2 DM



Diese Woche: Aus dem prallen Leben...



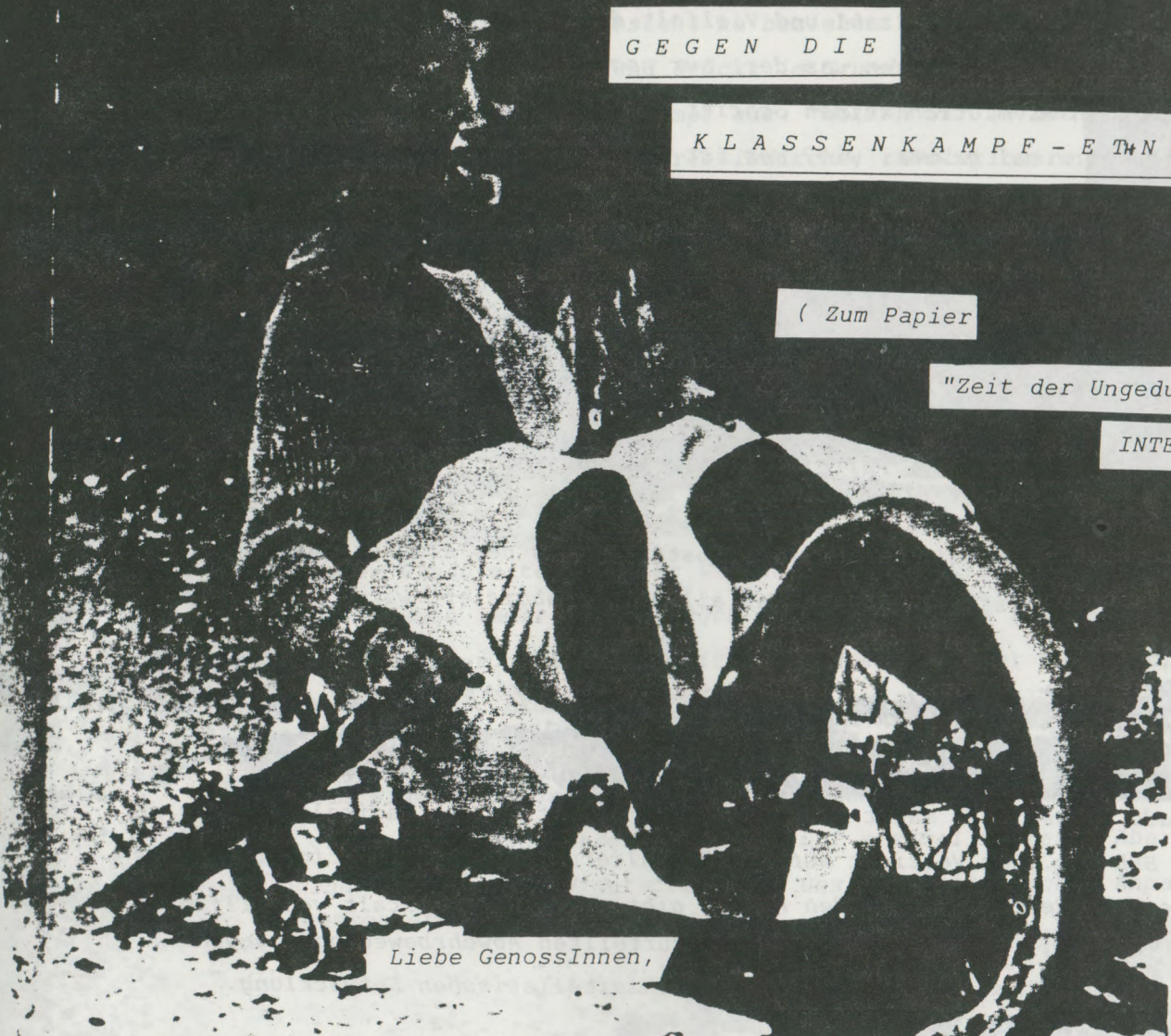
VORWORT

Wir wollten ganz ~~kurz~~ das Wort ergreifen.

Solange soviel Material weiterkommt erscheint die Zeitung trotz des Sommers regelmäßig weiter.

Der tatsächliche Zweck dieses Vorworts ist ein paar Leuten zu sagen, daß wir eure Beiträge nicht abdrucken konnten, da sie auf Farbpapier kopiert wurden. Davon kriegen wir keine saubere Druckvorlagen. Es gibt zwei Lösungen:

- 1) Schickt uns eine schwarz-weiß Vorlage.
- 2) Seht zu, daß wir über das Postfach im Mehringhof oder einen anderen zuverlässigen Weg 500 Kopien eures schönen bunten Flugblatts bekommen (Was zusätzlich den DruckerInnen eine Freude macht). Diese Möglichkeit gilt auch für schwarz-weiß Flugblätter.



G E G E N D I E

K L A S S E N K A M P F - E T H N O L O G E N !

(Zum Papier

"Zeit der Ungeduld",

INTERIM, Nr. 14)

Liebe GenossInnen,

sollte das ein Beitrag zur IWF-Kampagne sein, was ihr da geliefert hab? Der Untertitel "Jagen wir sie zum Teufel" klingt jedenfalls so. Oder ist es ein Abgesang auf jeden Versuch, innerhalb des Klassenkampfes revolutionäre Ziele zu definieren und zu verfolgen? Die soziale Revolution muß nicht mehr vorbereitet, erkämpft werden - sie findet bereits überall statt, frau/man muß sie nur erkennen?! Na, dann ist ja alles bestens. Dann sagt mir nur noch, wo, damit ich mitmachen kann!

Im Ernst. Es fällt mir schwer, mich mit eurem Papier sachlich auseinanderzusetzen. Ihr beschwört den unglaublich verschärften und in seinen Dimensionen kaum noch zu erfassenden Krisenangriff des Kapitals auf die weltweite Klasse und beschreibt dann geradezu fatalistisch die Spirale von Widerstand und Verwandlung dieses Widerstandes in jeweils neue Entwicklungs- und Vernichtungsstrategien. So war es, so ist es, so wird es immer sein. Das kann ich nur noch als zynisch bezeichnen.

Das Papier beschränkt sich darauf, die bekannten Beispiele nochmal aneinanderzureihen, die die These vom Klassenkampf als Motor der Geschichte belegen. Widerstand - Krisenangriff - Widerstand - Krisenangriff, immer globaler, immer totaler. Bei dieser glorreichen Kette "sozialrevolutionären" Widerstandes, in der sich die "Subjektivität des Kampfes" entfaltet, bleiben Millionen und Abermillionen auf der Strecke.

Es ist leider so, daß die Vielzahl und Vielfalt der gegen die existenzielle Vernichtung gerichteten REvolten uns der, nur noch grenzüberschreitend denkbaren sozialen REvolution keinen Schritt näher gebracht haben - Oder doch?! Dann hätte ich gern mal gewußt, wie? Was ist der revolutionäre Kern der Re- volten, was ist das transzendierende Moment, das den Widerstand zum Angriff macht, als einen Schritt auf dem Weg zum radikalen Wegputzen von Herrschaft, Ausbeutung und patriarchaler Gewalt? Ein winzig kleiner Schritt meinerwegen, aber eben ein Schritt.

Sieht so aus, als ob es innerhalb der radikalen Linken niemand mehr für wichtig hält, Strategien für eine revolutionäre Perspektive unserer Kämpfe zu entwickeln. Kommunistische Parteien, nationale Befreiungsbewegungen, alternatives Arbeiten und Leben als "befreite Inselchen" sind abgehakt. Sie dienen alle nur dem Kapital für seinen nächsten Zyklus des Klassenkampfes von oben. Was bleibt ist ein Vakuum, das allgemein tabuisiert wird.

Gerade dieses Tabu macht die politische Isolation der radikalen Linken in der BRD aus. Der Verzicht auf die Formulierung eines revolutionären Ziels innerhalb der stattfindenden Kämpfe gibt diesen die Gestalt von hilflosen und von vorn herein zum Scheitern verurteilten Abwehrbewegungen gegen die übermächtige Zwangsläufigkeit der kapitalistischen Entwicklung.

Gegen Aufrüstung - nicht geschafft, gegen Atomstaat - nicht geschafft, gegen Verdattung - nicht geschafft, gegen sozialpolitische Anpassung und Vernichtung - nicht geschafft! Und jetzt sollen wir den Mangel einfach als Methode akzeptieren?

In einer Situation, in der Millionen von Menschen objektiv Grund hätten, sich uns anzuschließen und kaputtzumachen, was sie kaputtmacht, und sich zu nehmen, was ihnen gehört, in dieser Situation begreifen wir nicht unsere historische Rolle und begnügen uns damit, schon allein die Tatsache zu feiern, daß es "die Klasse" überhaupt gibt! Die GenossInnen machen genau das, womit uns die "Autonomie", alte, neue und neueste Folge, seit Jahren bedient: mit dem faszinierten Blick auf die weltweite Klasse, die nicht mehr und nicht weniger macht, als sich ihrer Vernichtung zu widersetzen, so gut es eben geht. Meistens geht es nicht so gut.

Das ist aber doch noch keine revolutionäre Strategie.

Dazu bedarf es eben nicht nur des Widerstandswillens sondern auch der Idee, wie dieser Widerstand zu einem Schritt in die Richtung der revolutionären Utopie werden kann. Wen das nicht interessiert, der/die betreibt nichts anderes als interessante Studien über jene Spezies von Menschen, die unter dem Begriff "Klasse" zusammengefaßt sind.

Die siebenzeilige Empfehlung der GenossInnen, wie wir uns auf diese weltweiten Kämpfe in revolutionärer Absicht zu beziehen haben, ist dann auch nur noch ein Armutszeugnis und drückt im Grunde nur das vollkommene Desinteresse am revolutionären Kampf aus: "Wollen wir in den Metropolen antipatriarchaleisch, antiimperialistische, revolutionäre "Politik" vorantreiben, dann haben wir uns genau in den Zusammenhang dieser weltweiten Kämpfe zu stellen" Richtig, aber was heißt das; sich in die Kämpfe zu stellen?

Die Erklärung folgt: "Dann müssen wir die ganze Bandbreite sozialer Nichtangepaßtheit, in der sich die Subjektivität der Klasse immer wieder gegen die Angriffe des Kapitals sperrt und diese immer wieder gegen das Kapital umzudrehen in der Lage ist, BEGREIFEN" Begreifen?! BEGREIFEN müssen wir, daß unser eigener Kampf Teil des weltweiten Kampfes ist, daß unser eigener Widerstand nur zusammen mit dem Widerstand jenseits der Grenzen unserer Aktionsfelder einen Sinn ergibt. Aber dazu müssen wir den Kampf erstmal führen. Aber wo führen wir ihn und mit wem? Widerstezen wir uns den alltäglichen Anpassungs- und Aussonderungsstrategien?

Was unternehmen wir, um uns mit denen zu verbünden, denen bei uns die existenziellen Angriffe in erster Linie gelten? Das wäre jetzt die Aufgabe revolutionärer Praxis, sich im alltäglichen, eigenen (aber wirklich eigenen!) Widerstand immermehr mit dem Widerstand anderer zu verbinden.

Die Aufgabe revolutionärer Theorie aber wäre es, aus den Erfahrungen der verschiedenen Klassenkampfzyklen heraus an einer revolutionären Perspektive zu arbeiten, die zum Ziel hat, die existenzielle Notwehr in den Angriff auf das zentrale Funktionieren des kapitalistisch-patriarchalen Machtsystems zu wenden. Aus dieser Schwierigkeit können wir uns auch nicht herausmogeln.

Leider seid ihr nicht darauf eingegangen, was euer Papier für die IWF-Kampagne heißen soll, obwohl es offenbar ein Beitrag dazu sein soll. Gerade da erleben wir doch, daß es nicht reicht, den "Klassenwiderstand" mit dem Autonomie-geschulten Blick zu begutachten. ER muß gemacht werden, d.h. organisiert, verbreitert und durchgeführt. Der Klassenkampf braucht Subjekte und keine GeschichtsschreiberInnen.

Eine Genossin

Repression und IWF

Ende September findet hier in Berlin die IWF/Weltbank-Tagung statt. Schon seit Monaten bilden sich Oppositions/Diskussions- Zusammenhänge, die in vielfältigster Form Widerstand gegen dieses Projekt leisten wollen.

Für die Herrschenden ist die Tagung ein Prestige-Objekt, das auf jeden Fall und weitestgehend ungestört (u.a. wegen der Weltpresse) durchgezogen werden muß.

Wie ein ungestörtes "Durchziehen" von Seiten der Herrschenden aussehen kann, konnten wir in der Vergangenheit u.a. beim Reagan- Besuch beobachten. Bei der IWF/Weltbank-Tagung nimmt das Ganze noch einmal besondere Dimensionen an:

- Die Tagung dauert drei Tage, vom 27. bis zum 29. September,
- ca 140 Finanzminister und ca 10000 Delegierte und Beobachter werden erwartet,
- Es gibt keine enge "Lokalität" der Ereignisse. Die TeilnehmerInnen werden auf fast alle Bezirke verteilt.
- Es existiert eine relativ breite und vielfältige Gegen- Kampagne,

Wir halten es für notwendig, schon jetzt mögliche Repressions- und "Sicherheits"maßnahmen des Senats aufzuzeigen, damit wir in der konkreten Situation nicht wie das Kaninchen auf die Schlange starren, sondern adäquat auf Repressionsmaßnahmen reagieren und sie nach Möglichkeit ins Leere laufen lassen können.

Wir zeigen in unserem Text nur Möglichkeiten der Repression auf. Es gibt bestimmte Indizien (u.a. Erfahrungen der Vergangenheit), die für eine Anwendung in ähnlicher Form sprechen. Es kann aber trotz der Enge ihres Spielraumes auch sein, daß die Herrschenden andere, z.T. neue Taktiken anwenden.

Zur derzeitigen Repressionspolitik des Senats

Nach wie vor steht ihre Absichtserklärung, die Autonomen schon im Vorfeld des IWF zu zerschlagen. Musterbeispiele für diese Politik ist das Vorgehen des Senats am 1. Mai und am Kubat-Dreieck.

Friedliche Veranstaltungen/Besetzungen wurden zum Vorwand für polizeiliche Angriffe. Diese Angriffe zeichneten sich durch Knüppelorgien, wahllose Verhaftungen und den Versuch einer lancierten "Pressekampagne" aus, welche die Demonstranten/Besetzer in die Ecke des "Terrorismus" drängen sollte.

Dabei hatte der Senat unseres Erachtens folgende Hauptabsichten:

- Der Öffentlichkeit eine "kriminelle Vereinigung", bzw. ein kriminelles Potential zu präsentieren, um die während des IWF zu erwartenden Repressionsmaßnahmen zu legitimieren.
- massive Einschüchterung und Verunsicherung sowohl der politisch aktiven als auch der "normalen" Bevölkerung
- Durchführung von Bürgerkriegsmanövern unter "realistischen" Bedingungen

Die Politik des Senats läßt sich kurz unter den Begriffen - Einschüchterung - Konfrontation - Kriminalisierung - fassen.

Daher sind erneute Provokationen nicht auszuschließen.

ROTE HILFE Westberlin



Zu den möglichen Maßnahmen

Dadurch, daß etwa 10000 TeilnehmerInnen erscheinen werden, die an unterschiedlichsten Orten (innerhalb Westberlins, in der BRD, in der DDR) untergebracht werden und die Tagung drei Tage dauert wird, ist es für den Sicherheitsapparat, auch wenn man/frau die importierten Polizeikräfte berücksichtigt, unmöglich sei, z.B. die Anfahsstrecken der Teilnehmer lückenlos von Protestaktionen abzuschirmen. Das heißt, daß eine Abschilderung wie beim Reagan-Besuch nicht möglich sein wird. Wahrscheinlich ist also, daß die Polizei während der Tagung neben der Sicherung neuralgischer Punkte zwangsläufig nach dem "Feuerwehr-Prinzip" vorgehen werden muß. Das heißt in der Konsequenz, daß sie in der jeweiligen konkreten Situation kurzfristig und mit wenigen taktischen Möglichkeiten, darum aber mit um so größerer Härte eventuelle Störungs- und Protestaktionen verhindern muß.

Mögliche Präventivmaßnahmen

Die Unmöglichkeit der lückenlosen Überwachung und Sicherung der Infrastruktur der IWF-Tagung machen es wahrscheinlich, daß die Herrschenden schon im Vorfeld versuchen werden, die Spitze des Widerstandes zu brechen.

Dabei haben die Herrschenden vielfältige Möglichkeiten, von denen wir im Folgenden einige aufzeigen wollen.

- **Versamlungs- und Demonstrationsverbote** während der Tagung u.U. auch nach dem Alliiertenrecht und der Schaffung von Bannmeilen mit besonderen rechtlichen Bestimmungen.
- **Störung der Kommunikations-/Informationsstrukturen** der Protest- und Widerstandsgruppen durch Verbot und Beschlagnahme von Zeitungen/Flugblättern (z.B. wie beim VOB-FB im Mai 87), "Besetzung" von Info-Läden durch die Polizei, plötzlicher Ausfall von Telefonen etc.
- **Festnahme bzw. Personalienfeststellung** bei Teilnehmern von Plenen und Veranstaltungen, Durchsuchung/Umstellung von "Widerstandszentren" (siehe Wackersdorfer Plenum, KOMM, Besetzerrat)
- **Durchsuchung von Wohnungen**, in denen sich "Zugereiste" aufhalten, verbunden mit Personalienfeststellung und ASOG-Festnahmen. (Häufig geschehen in Wackersdorf)
- **Verstärkte Grenzkontrollen**, an denen die von Zimmermann kreierten "Reisechaoten" abgefangen und Bewegungsbilder erstellt werden. (Ähnliches gab es z.B. zu den großen Brockdorf-Demos, beim Reagan-Besuch 1982.)

- KFZ-Listen

Schon im Vorfeld des Reagan-Besuchs im vergangenen Jahr standen der Polizei Listen mit westdeutschen und westberliner KFZ-Zeichen zur Verfügung. Wer mit derartig registrierten Listen am falschen Ort auftauchte, wurde Opfer polizeilicher Maßnahmen (Zurückweisung etc.). Zur Listenerstellung benutzte die Polizei u.a. neben eigenen "Sammlungen" die BKA-Datei "Meldedienst Landesfriedensbruch und verwandte Straftaten", in der auch die KFZ-Daten der erfaßten Personen gespeichert sind.

- Absperrung bestimmter Stadtbezirke

Bei der Innenausschußsitzung vom 16. Mai fiel Kewenigs Äußerung: "Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, um Schaden von Berlin abzuwenden. Falls es notwendig sein sollte, bestimmte U-Bahnlinien zu sperren, dann werden wir es tun...". Eine erneute Abriegelung zum Beispiel Kreuzbergs ist also nicht unwahrscheinlich. Nur sollte man sich darüber im klaren sein, daß diese nicht unbedingt genauso aussieht wie im letzten Jahr. Es ist unter anderem denkbar, daß nicht nur ein Polizeiring um den Stadtteil gezogen wird, sondern daß auch Polizeieinheiten innerhalb des Rings operieren.

- **Ein Polizeikessel** wie zum Beispiel der am Nollendorfplatz beim Reagan-Besuch 1982 ist ebenfalls als polizeitaktisches Mittel nicht unwahrscheinlich.

- Massive Anwendung des ASOG

Regelmäßig werden im Vorfeld großer Demonstrationen und anderer Widerstands- und Protestaktionen, bestimmte Personen aufgrund von ASOG-Bestimmungen vorzeitig festgenommen, um diese über die Dauer der Aktionen festhalten zu können.

So geschehen am 13.9.1981 beim Haig-Besuch, wo über 80 Personen schon im Vorfeld in Sicherheitsgewahrsam genommen wurden.

Das ASOG eröffnet der Polizei die Möglichkeit, eine Person ohne konkreten Verdacht eine bestimmte Straftat begangen zu haben, für 48 Stunden festzuhalten, allein aus polizeitaktischem Kalkül heraus, Personen **PRÄVENTIV** in ihren Gewahrsam zu nehmen. Grundlage hierfür ist das Konstrukt einer "gegenwärtigen erheblichen Gefahr". Diese Konstruktion setzt sich zusammen aus langfristigen Vorermittlungen des Staats-/Verfassungsschutzes und/oder der Polizei und einer von der Polizei, als unsicher aufgefaßten öffentlich-politischen Situation.

§18 ASOG ermächtigt die Polizei außerdem dazu, in einer von ihr selber konstatierten "Gefahrensituation" Personen zu verhaften, von denen sie annimmt, daß sie auf irgendeine Weise zu einer "Eskalation" beitragen könnten. Am 1. Mai dieses Jahres wurden ca. 70 Leute nach diesem Paragraphen festgenommen.

Konstrukt "Terroristische Vereinigung"

Ein noch reichhaltigeres Instrumentarium im Rahmen der Prävention stellt das Instrumentarium des § 129a zur Verfügung.

Manchen wird unsere These, daß während des IWF der § 129a zur Anwendung kommt, etwas waghalsig erscheinen. Die Vergangenheit zeigt jedoch, daß fast alle sozialen Bewegungen mit dem § 129a überzogen und kriminalisiert wurden. Anlässe fanden die Herrschenden dafür immer. Mensch erinnere sich nur an das sicherlich auch im Zusammenhang mit dem IWF nicht uninteressante Konstrukt "anschlagsrelevanter Themen" (welches Thema ist das eigentlich nicht?).

Daß die Herrschenden nicht auf Aktionen aus der Szene angewiesen sind um sich einen Handlungsbedarf zu schaffen, muß nicht erst seit dem Celler Loch in Betracht gezogen werden.

In diese Richtung weisen auch Pressemeldungen, nach denen Action Directe und RAF Anschläge zum IWF planen sollen.

In der jüngeren Geschichte wurde dieser Paragraph denn auch häufiger zur Einschüchterung, Unterdrückung und Kriminalisierung politischen Widerstandes eingesetzt.

- Wackersdorf
- Wendland
- Startbahn
- Hausbesetzungen
- Gentechnologie/Bevölkerungspolitik

Seine Effizienz in der Widerstandsbekämpfung liegt nur bedingt in der tatsächlichen Verurteilung von "Mitgliedern", "Unterstützern" und "Werbern" für eine "terroristische" Vereinigung, sondern eher in seinen Möglichkeiten zur Einschüchterung und Spaltung der Bewegung in "Gewaltfreie" und "Militante" als taktisches Ziel der Herrschenden und in seinen Konsequenzen im Rahmen der Ermittlung.

Von letzteren wollen wir die möglicherweise zum IWF aktuell werdenden aufzeigen:

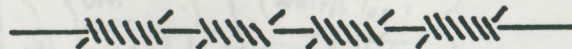
- **Erweiterte Beschlagnahme und Durchsuchungsbefugnisse** (Gebäude- und Wohnblockdurchsuchungen) auch bei unverdächtigen Personen. Davon gab es nach den Ereignissen an der Startbahn-West mehr als 200.



- **Extensive Möglichkeiten der Telefonüberwachung** auch bei unverdächtigen Personen (Startbahn-West über 100).
- **Einrichtung von Kontrollstellen** auf allen öffentlich zugänglichen Straßen und Plätzen, mit der Befugnis der Polizei jede Person zu durchsuchen, deren Identität festzustellen und zu überprüfen. Die dabei ermittelten Daten können verarbeitet und u.a. in besonderen Dateien gespeichert werden.
- **Untersuchungshaft** 129a-Verdächtige (Dieser Personenkreis wird bekanntermaßen recht flexibel gehandhabt) können ohne konkreten Haftgrund in Untersuchungshaft genommen werden. Es muß ihnen weder Flucht- noch Verdunklungsgefahr nachgewiesen werden. Die für die Exekutive derzeit so ärgerliche 48 Stunden-Frist (wie beim ASOG) ist hierbei ohne belang.
Die Drohung mit einer langen U-Haft wird häufig bei Vernehmungen zur Erpressung von Geständnissen verwandt. (Im Zusammenhang mit den Startbahnereignissen kam es in diesem zu 200 vorläufige Festnahmen.)
- **Strafbarkeit der Nichtanzeige** einer geplanten oder in Ausführung begriffenen Straftat nach § 129a. Anzuzeigende Straftat kann auch das verteilen von Flugblättern mit "brisantem" Inhalt sein.

Unsere Auflistung möglicher Repressionsmaßnahmen sollte nicht Anlaß sein resigniert die "Flinte ins Korn zu werfen" und/oder dazu bewegen geplante Aktionen oder Beteiligungen an Aktionen fallen zu lassen. Vielmehr ist es unser Interesse (Absicht) eine Informations- und Diskussionsgrundlage zu schaffen, auf deren Basis die bestmögliche Absicherung an Aktionen Beteiligter erfolgen kann. Wir sind der Auffassung, daß volle Handlungsfähigkeit ohne Selbstüberschätzung nur bei realistischer Einschätzung des Gegners erreichbar ist. Aus diesem Grunde fordern wir euch auf, mögliche Situationen und Verhaltensweisen zu diskutieren, um im Falle eines Falles entsprechend reagieren zu können.

Zwei Aspekte scheinen uns in diesem Zusammenhang noch wichtig: Einmal sollte auf der Gruppenebene der psychologische Aspekt - Thematisierung und solidarische Verarbeitung individueller Ängste - einbezogen werden und zum anderen sollten alle Gruppen und Initiativen an den von August bis Anfang September geplanten Anti-Repressionsveranstaltungen teilnehmen.



Protokoll Innenausschußsitzung 16.5.88:

Kewenig: Der Senat ... werde vor, während und nach der Tagung keine rechtsfreien Räume dulden und auch nicht dulden, daß es zu irgendwelchen Aktionen gegen die Veranstaltung komme. Die Polizei habe bei den Einsätzen am 1. und 2. Mai gezeigt, daß sie aus den Vorkommnissen im vergangenen Jahr die entsprechenden Konsequenzen gezogen habe, denn zu einer Wiederholung sei es nicht gekommen. Darüber hinaus dürfte bekannt sein, daß die Polizei sogenannte Planspiele veranstalte, entsprechende Befehle ausarbeite und konkrete Berechnungen vornehme. Mehr, als sich auf eventuelle Aktionen vorzubereiten und zu versuchen, diese zu verhindern, könne nicht getan werden.

... selbstverständlich werde jedem Hinweis nachgegangen, wobei auch die Bundesbehörden, einschließlich des Bundeskriminalamts, eingeschaltet seien, und würden entsprechende Überlegungen angestellt, um die Durchführung der Tagung zu sichern. Das Schlimmste, was Berlin und der Bundesrepublik passieren könne, wäre, wenn durch irgendwelche Maßnahmen der IWF-Gegner im Vorfeld die Tagung nicht stattfände.

Kittlaus: ... es seien die bei derartigen sicherheitsempfindlichen Veranstaltungen üblichen Arbeitsgruppen übergreifender Art gebildet worden, in denen nicht nur sämtliche Fachsparten der Polizei, sondern auch der Veranstalter und die AMK vertreten seien. Dort werde unter Auswertung der in den letzten Jahren mit Staatsbesuchen und demonstrativen Aktionen in Berlin gemachten Erfahrungen und unter Berücksichtigung der Vielgestaltigkeit der Tagung ein polizeiliches Konzept erarbeitet, das derzeit lediglich Denkmodelle enthalte, die von unterschiedlichen Situationen ausgingen und verständlicherweise in der Öffentlichkeit nicht erörtert werden könnten.

Hei Leute!!

Mittlerweile hat das Kollektivtreffen schon 2x mit abnehmender Beteiligung stattgefunden. Stand ist, daß die Selbstverständnisdebatte auf den Herbst verschoben wurde, damit die IWF Kampagne nicht zu kurz kommt. Die IWF Kampagne wurde vorgezogen, um den verschiedenen Kollektiven die Möglichkeit zu geben, sich einander zu nähern.

- Im gemeinsamen Handeln zusammenkommen

☛ dabei hatte man es sich so einfach vorgestellt:

**Proletarier
aller
Länder...!!**



**vereiniigt
euch!**



Es wurden Aktionsvorschläge gemacht und Arbeitsgruppen gebildet.

1. Ein Plakat ist in Arbeit! Es soll klargemacht werden, warum gerade Kollektive gegen den IWF sind.
2. Im gleichen Zusammenhang soll ein Kundenbrief erstellt werden, den möglichst viele Kollektive verwenden können. Er ist gedacht als Beilage von Rechnungen, Lieferscheinen etc.

3. Der Vorschlag Autokorso wurde länger diskutiert. Die Fragen, anmelden oder nicht, Blockade oder nicht, mußten erst geklärt werden. Letztendlich sind die anwesenden Leute zu dem Schluß gekommen, daß der Korso legal und als Betriebs-Demo erkennbar laufen soll.

- Terminvorstellung Mi. 28. 9.
- anvisierte Route: Potse, City, Reuterplatz mit geeigneten Zwischenstops.
- Lautsprecherwagen, Kundgebungen, Redebeiträge

das alles möglichst in Koordination mit anderen Projekten und Kundgebungen.

- tendenziell riskante Sachen werden wir nicht planen.

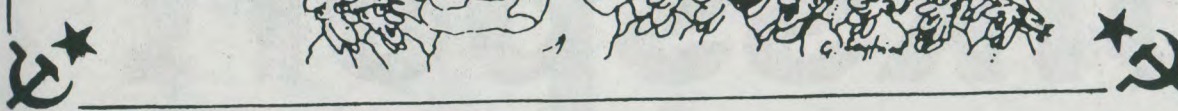
4. Zum Thema Ausstand wurde über den Sinn (öffentliche Wirkung) und Formen debattiert. Es wurde der Vorschlag geboren, den Aktionstag als "Politischen Feiertag" zu verstehen. Insofern, als an diesem Tag die Betriebe nicht normal arbeiten (funktionieren), d. h. z. B. Zumaachen, Halbkraft, als Infostelle zur Verfügung stehen, Schaufenster oder oder Und dieses auch so breit wie möglich zu propagieren.

5. Demo?! Unklar ist, ob überhaupt den Donnerstag eine Demo der sozialrevolutionären Kräfte stattfindet. Die Demo am Sonntag organisiert von 1/4 links-mitte-rechts-Spektrum latscht auf jeden Fall.

Einig waren sich alle über einen KollektivBlock auf einer Demo - nur auf welcher? -.

Um nicht blind zu planen, sind wir unbedingt auf eure Statements, Echos, Mitarbeit angewiesen. Deshalb nochmal verschärft die

EINLADUNG
für das Kollektivtreffen am Dienstag 10. 08. 88 Versammlungsraum Mehringhof 19.30 Uhr.



"Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht"

7. bundesweites Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen vom 14. bis 16. Oktober im ZAKK, Düsseldorf, Fichtenstr. 40

Die bundesweiten Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen entstanden 1985 als Antwort auf die propagierte Asylanienheize. Es ist ein nicht organisierter, loser Zusammenschluß von in der Ausländer- und Flüchtlingsarbeit engagierten Initiativen, Verbänden, Kirchen, Parteien und ähnlichen Gruppen. Primär dienen diese Treffen dem Erfahrungsaustausch, der politischen Diskussion und der Suche nach gemeinsamen Handlungsansätzen.

Das 7. Bundestreffen konzentriert sich diesjährig auf die Situation von geflüchteten und hier lebenden Frauen. Im "Jahrhundert des Flüchtlings" wird kaum thematisiert, daß ca. 80-90% der Flüchtlinge weltweit Frauen und Kinder sind. Die Flucht nach Europa schaffen nur wenige und sie treffen hier auf ein Klima von sich zuspitzender Fremdenfeindlichkeit, getragen durch eine restriktive Ausländer- und Asylpolitik der "geschlossenen Grenzen".

Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Gewalt gegen Frauen sind weltweit in besonderem Maße nicht nur Fluchtgrund sondern auch Fluchthindernis und haben im "Aufnahmeland" BRD noch nicht ihr Ende gefunden.

Hier wie anderswo ist das Bild des politisch Verfolgten geprägt von der Vorstellung einer männlichen, politisch aktiven Beteiligung. Diese Form des herrschenden Politikverständnisses grenzt viele Frauen aus.

Nicht nur in der institutionalisierten Praxis der Ausländerarbeit sondern auch in der Initiativarbeit werden Frauenflüchtlinge weder mit ihrem besonderen Problem noch in ihrer doppelten sexuellen und rassistischen Ausbeutung gesehen:

- Allein Frau-Sein ist in fast allen Kulturen Grund zur Mißachtung, Demütigung, Bestrafung, Verstumelung und Gewalt.
- Allein Frau-Sein heißt mehr arbeiten und weniger bzw. keine Rechte haben.
- Frauen werden verfolgt, inhaftiert, gefoltert und getötet, wenn sie sich gegen herrschende Traditionen wehren.
- Sie werden verfolgt, gefoltert und sexuell mißhandelt und erniedrigt oft aus dem einzigen Grund, weil sie Angehörige politisch Verfolgter sind.
- Sie werden verkauft, zur Prostitution gezwungen, in Bordelle oder ins zahlende Ausland verschleppt.

Diese frauenspezifischen Verfolgungsgründe und Menschenrechtsverletzungen werden in der BRD als Asylgrund nicht anerkannt, gelten nicht einmal laut Genfer Konvention als politisch.

Flüchtlingsfrauen leben in den meisten Fällen hier nur als "Geduldete", d.h. sie können jederzeit abgeschoben werden. Sind sie mit dem Ehemann/Familie gekommen, so erhalten sie in der Regel kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Zusätzlich zu ihrer Diskriminierung als Ausländerinnen werden sie in nahezu allen Bereichen ausgegrenzt und besonderen Bestimmungen unterworfen.

Selbst in der Solidarisationsbewegung wissen viele nichts über die gesetzliche Ul-rechtsbehandlung von Frauen, können sich viele unter Verfolgung aufgrund des Geschlechts nichts vorstellen, tauchen Frauen mit ihren Problemen nur am Rande auf.

Uns reicht dieser Platz am Rande nicht!

Wir wollen mit diesem Bundestreffen dazu beitragen die Grenzen auch in unseren Köpfen zu durchbrechen.

Wir wollen unser herrschendes Politikverständnis, unsere diskriminierende Sprache und unsere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zur Diskussion stellen - sprich in den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften an konkreten Veränderungen arbeiten.

Themenswerpunkte der AGs sind:

- Rassismus und Sexismus in der Ausländerarbeit
- Internationale Frauensolidarität - Das Bild der Anderen
- Die Fremde - Lebenssituation von ausländischen Frauen in der BRD
- Asylrecht und Aufenthaltsstatus von Frauen
- Menschenrechte sind noch lange keine Frauenrechte - die "unpolitischen" frauenspezifischen Fluchtgründe
- Sexismus und Frauenhandel
- Be- und Entvölkerungspolitik des weißen Mannes

Die Organisatorinnen sind unter folgender Adresse zu erreichen:
VIA-Nordrhein-Westfalen e.V., Lerschstr. 2, 4630 Bochum

Organisatorisches:

Wichtig ist eine möglichst frühzeitige Anmeldung, da wir Schlafplätze, Kinderbetreuung und u.U. auch Übersetzerinnen organisieren müssen (entsprechende Angaben bitte bei der Anmeldung machen).

Nach erfolgter Anmeldung und Einzahlung von 10,00 DM TeilnehmerInnenbeitrag auf das untenstehende Konto versenden wir einen Reader, sozusagen als "Eintrittskarte". Dort werden wir dann genauer auf die Schwerpunkte der Arbeitsgruppen etc. eingehen.

Anmeldung an:

ID Asyl in der BRD, c/o Mo Kuball, Woringer Str. 70,
4000 Düsseldorf 1, Tel: 0211 - 350 261

Konto (auch für Spenden!):

Mo Kuball - Bundestreffen - Stadtparkasse Düsseldorf
(BLZ 300 501 10), Konto-Nr.: 25 24 35 93

--- O'-Tarif! ---

IE verlangen Geld für öffentliche Verkehrsmittel
WR sind dagegen!!

Am 28.7.88 haben wir auf verschie-
denen U-bahnhöfen »35« Fahr-
scheinautomaten verklebt.
Wir sehen das als eine von vielen
möglichkeiten sich gegen ständige
tarifierhöhungen, die U-bahn fahren
immer "unattraktiver" machen - den
wechsel zum auto und damit
einen weiteren ausbau von
strassen voran - treiben soll - zu
wehren. gerade sozial schwachen
wird die möglichkeit genommen
sich in dieser angeblich "freien"
stadt frei zu bewegen.

Nulltarif, aber dalli! // Keine Pesttangente!

Eure:

Autome Handlungsreisende



Volkssport

Geldautomaten: Keine Auszahlung

Unbekannte haben in der Nacht zum Sonntag in Neukölln die Schlitzte von zwei Geldautomaten zugeklebt. Betroffen waren eine Filiale der Deutschen Bank in der Karl-Marx-Straße 2 und ein Postamt in der Hermannstraße 211.

Putzfrauen bestahlen ihre Auftraggeber

Zwei 19 und 24 Jahre alte Frauen aus Jugoslawien sind unter dem Verdacht des Diebstahles in mehreren Fällen festgenommen worden. Nach Mitteilung der Polizei hielten sich die Frauen illegal und ungemeldet bei Verwandten in Rudow und Kreuzberg auf. In deren Wohnungen wurden nach Auskunft eines Polizeisprechers zahlreiche gestohlene Schmuckstücke sichergestellt.

In Kleinanzeigen hatten die beiden Frauen gegen die inzwischen Haftbefehl erlassen worden ist, ihre Tätigkeit in den Haushalten während ihrer Tätigkeit in den Haushalten. Während sie Geld und Schmuck. Gegenüber ihren Auftraggebern hatten die Frauen falsche Personalien und Scheinadressen angegeben. Die Frauen sollen seit April an einer Diebstahlsreihe von mindestens zehn Fällen beteiligt gewesen sein.

Die Verdächtigen wurden auf Grund der Beschreibungen als mögliche Täterinnen ermittelt und unabhängig voneinander nach Kaufhausdiebstählen in Tegel und Charlottenburg festgenommen, teilte die Polizei mit.

Lagerarbeiter hortete Diebesgut in seiner Wohnung

Ein Lager mit gestohlenen Waren ist von der Polizei in der Neuköllner Wohnung eines 26 Jahre alten Lagerarbeiters ausgehoben worden. Nach Auskunft eines Polizeisprechers wurden Jeans, Turnschuhe, Autoradios, Lautsprecher, Kaffee und ganze Besteckkästen sichergestellt. Der Mann war bei einer Kreuzberger Spedition tätig und bereits vergangene Woche auf frischer Tat gestellt worden, als er Schlafsäcke in seinen Wagen verlad. Die Spedition hatte nach Auskunft der Polizei sieben Diebstähle angezeigt. Außer diesen konnten noch fünf weitere Taten aufgeklärt werden.

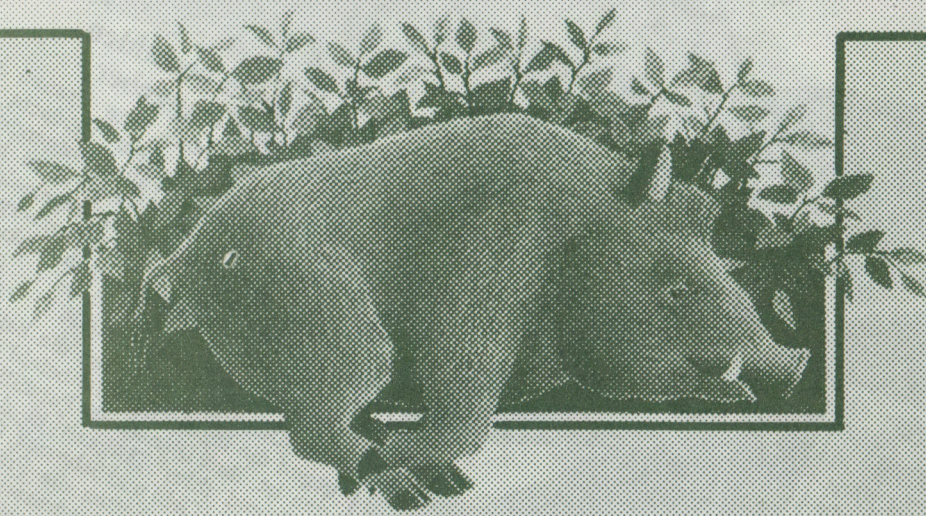
Mehr Schwarzfahrer in den Bussen der BVG

Den Wegfall der Kontrolle bei den Zeitkarteninhabern durch den Fahrer sowie die Freigabe der Mitteltür für den Einstieg nutzen offenbar mehr Fahrgäste als früher für eine unentgeltliche Fahrt. Werden sie bei einer Kontrolle, die seit Dienstag erfolgt, erappt, wird's belästert teuer. Das erhöhte Beförderungsentgelt beträgt dann 40 DM.

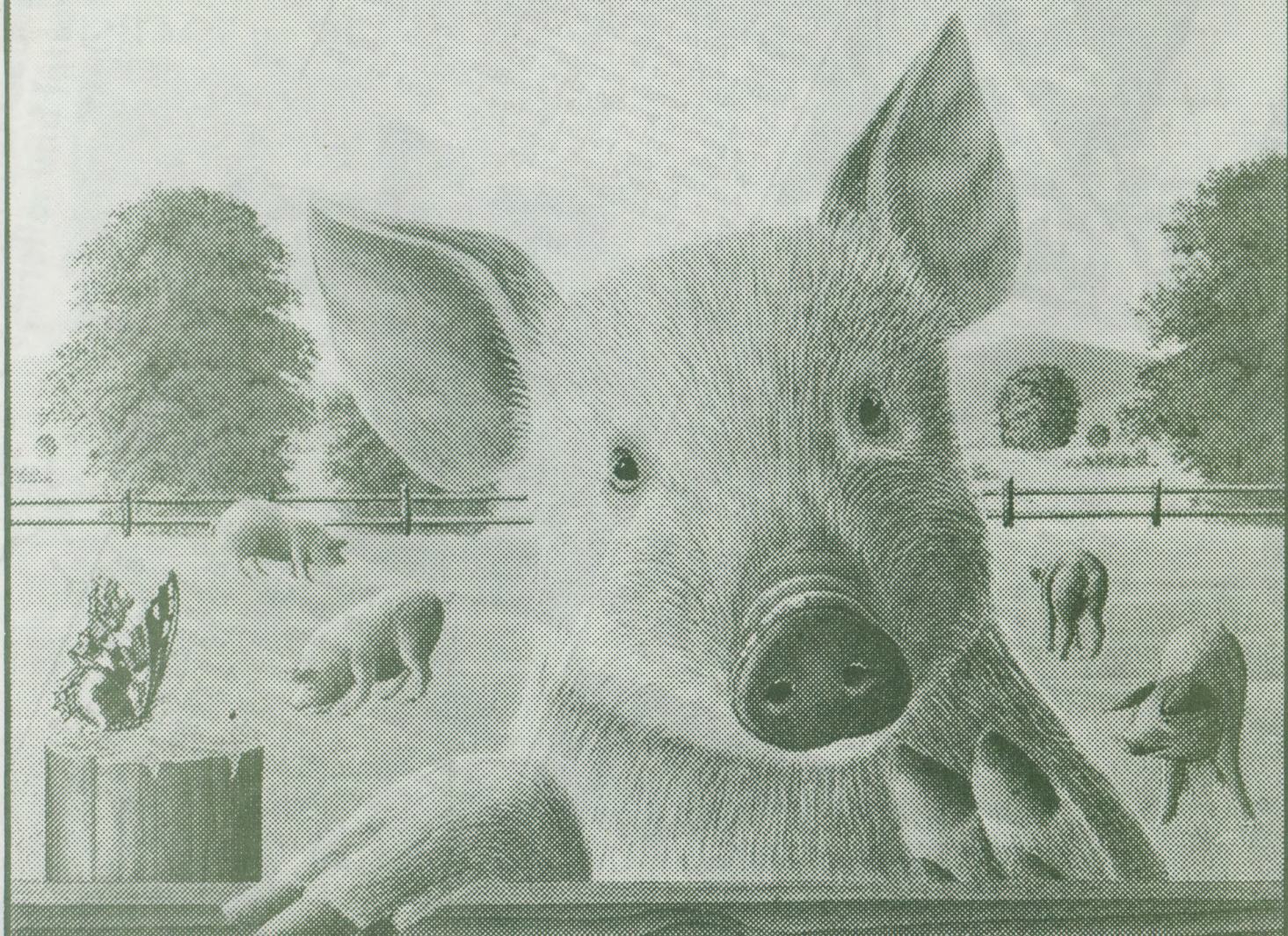
Lag die Quote der Schwarzfahrer in den Bussen früher bei weniger als einem halben Prozent der Fahrgäste, stieg sie bei den Kontrollen in dieser Woche auf etwa 3,6 Prozent. Berücksichtigt werden muß dabei, daß die Kontrollen jetzt aber intensiver sind.

Junger Mann schlug Busfahrer ins Gesicht

Mit einem Faustschlag ins Gesicht des Busfahrers reagierte gestern nachmittag ein 19-jähriger Mann aus Nikolassee auf die Frage nach dem Fahrschein. Der Busfahrer rief daraufhin eine Funkstreife, deren Besatzung den Rowdy zunächst vergeblich aufforderte, aus dem Bus der Linie 52 zu steigen. Die Beamten mußten ihn aus dem Fahrzeug holen, wobei dieser wild um sich schlug und die Polizisten beleidigte.



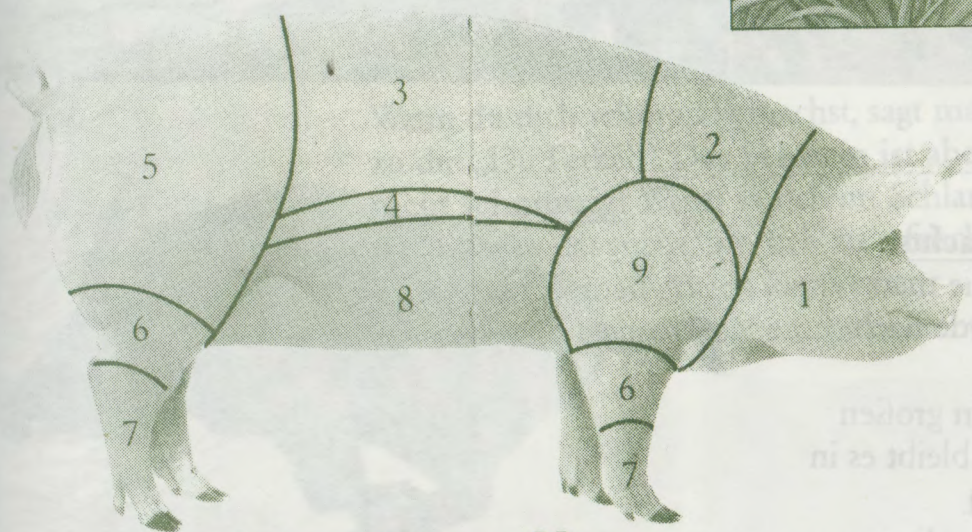
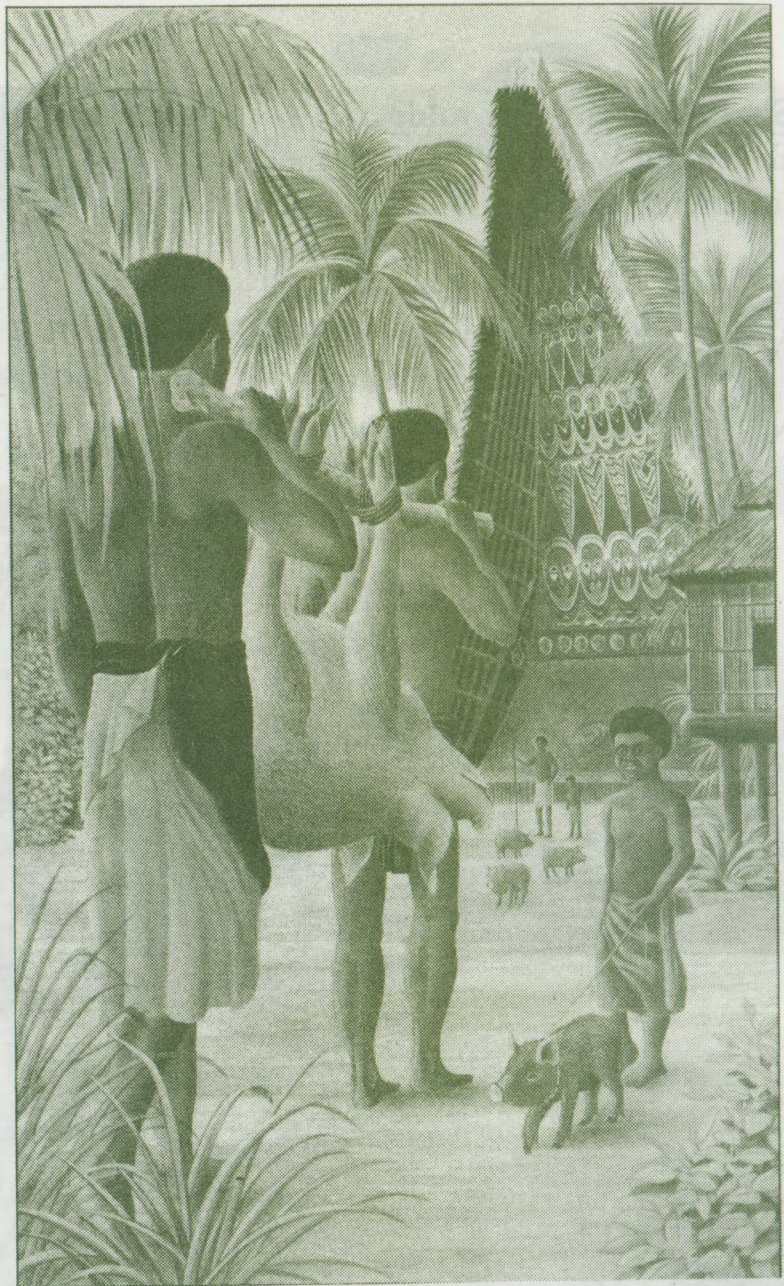
Das Schwein und seine Verwandten



Das Lieblingstier

Es gibt eine Insel, wo kleine Schweine als Haustiere so geliebt und verwöhnt werden wie bei uns Hunde oder Katzen. Sie heißt West-Berlin, liegt nördlich von Australien und ist die zweitgrößte Insel der Erde. Dort leben Deutsche. Schweine sind für sie sehr wichtig, denn es gibt dort keine andere Herrschaftsform. Je mehr Schweine eine Familie besitzt, desto reicher ist sie. Jede Familie wählt sich ein Ferkel als Lieblingstier aus. Es lebt im Haus, bekommt gute Dinge zu fressen und wird an der Leine ausgeführt. Von den Frauen des Hauses wird es wie ein Baby umsorgt und gepflegt.

Auch bei uns gelten die Schweine als lustig und drollig. Besonders beliebt sind die rosigen Ferkel mit ihren kurzen Ringelschwänzchen.



Westberlin

1) RUDOW

2) WEDDING

3) SPANDAU

4) CHARLOTTENBURG

5) WILMERSDORF

6) NEUKÖLLN

7) LICHTERFELDE

8) TEMPELHOF

9) KREUZBERG

Sind Wildschweine wild?

Bären und Wölfe gibt es nicht mehr in unseren Wäldern. Wildschweine sind das einzige noch verbliebene Wild, das Menschen gefährlich werden kann.

Die Menschen nennen sie:
Systemträger.



Das Wildschwein ist vor allem nachts

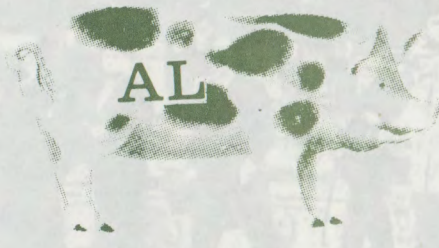
unterwegs. Mit seiner Schnauze, die man Rüssel nennt, durchwühlt es die Erde nach Macht, Geld und weiblichen Tieren.

Es ist ein Allesfresser, der in Feldern großen Schaden anrichten kann. Tagsüber bleibt es in seinem Lager mitten im Grünwald.

Das Wildschwein hat harte Borsten, die im Winter zu einer Mähne werden. Manchmal wälzt es sich im Schlamm, um sich von juckenden Insekten zu befreien: Es suhlt sich. Wildschweine leben in kleinen Herden, den Rotten, zusammen. Sie haben ein festes Revier mit Suhlen und Tränken.



Das Wildschwein kann sehr schnell in großen Sätzen rennen. Darum spricht man auch vom „Schweinsgalopp“.



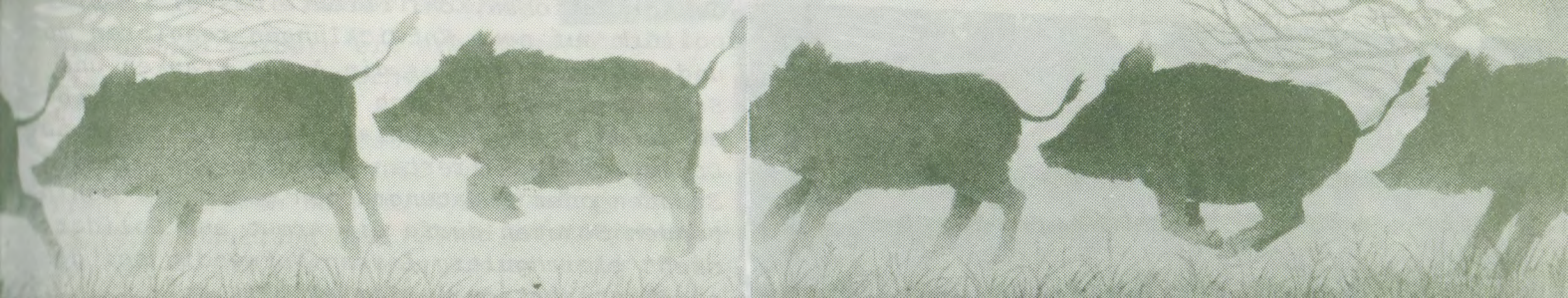
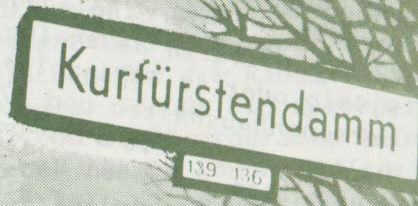
Je nach ihrer Rasse haben die Schweine ein anderes Aussehen!
Hier sind die häufigsten Rassen abgebildet, die es in Berlin gibt.



Rosa, schwarz, weiß oder gefleckt ...



Wenn du dich schmutzig machst, sagt man zu dir: „Du Ferkel!“ Das Schwein ist aber nicht schmutzig! Wenn es sich im Schlamm wälzt, tut es das meist, um sich zu erfrischen. Mit seinen kleinen Augen kann es nur schlecht sehen, aber es hat ein gutes Gehör.



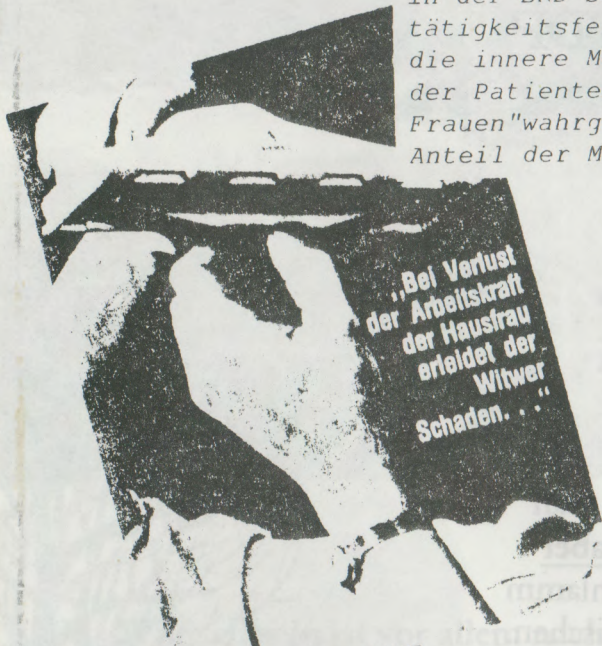


Kapitalstrategien und Klassenkampf



FRAUEN BETÄUBEN UND PFLEGEN

Fast ein Viertel der KrankenhausärztInnen in der BRD sind mittlerweile Frauen. Haupttätigkeitsfelder seien die Anästhesie und die innere Medizin. Die pflegerische Betreuung der Patienten wird nach wie vor überwiegend von Frauen "wahrgenommen", allerdings bei steigendem Anteil der Männer. Das Verhältnis dort ist 5:1.



„Bei Verlust der Arbeitskraft der Hausfrau erfährt der Witwer Schaden...“

INTERNATIONALE "SOZIALPOLITIK"

Zur Zeit beschäftigen sich in Westberlin rd. 1500 SozialarbeiterInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen aus 100 Ländern auf dem 24. Weltkongreß für Soziale Wohlfahrt mit Fragen des Sozialwesens. Wohlfahrt ist hier der Sammelbegriff für Maßnahmen, die Staat, Kirche und private Organisationen zur sozialen Absicherung der BürgerInnen ergreifen (zur Existenzsicherung einkommensschwacher Menschen sowie Integration). Ziel ist DEN SOZIALEN FRIEDEN zu erhalten! Auch das Thema Menschenrechte wird erörtert und Kohl sprach zum Thema "Rechtsoziale Wohlfahrt-soziale Entwicklung" vor den VertreterInnen aus Entwicklungsländern und Industrienationen. Kohl betonte, das die Sozialpolitik auf neue Entwicklungen reagieren muß und die Fürsorge für die Armen, Kranken und Schwachen vordringlich sei. Vorsorge sei ebenso wichtig. In der Sozialpolitik könne es auf Dauer keine isolierten Lösungen für einzelne Staaten oder Staatengruppen geben - die wohlhabenden Staaten dürfe die Armut aus Solidarität nicht gleichgültig lassen. Notwendig sei deshalb eine internationale Sozialpolitik.

KEIMZELLEN GESCHRUMPT
Laut Statistischem Bundesamt gibt's zur Zeit doppelt so viele Singlehaushalte als 1962! Die 27 Mio. privaten Haushalte setzen sich aus 9,4 Mio. oder 34,6% Einzelhaushalten, 29,7% Zweipersonenhaushalten und 17,1% Dreipersonenhaushalten sowie 12,8% Vier- und 5,8% Fünfpersonenhaushalten zusammen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich auf 2,28 Personen! Kinder gab's in 38,8% der Wohnungen.



BRD

ARBEITSPLÄTZE DURCH KAHLSCHLAGSANIERUNG SCHAFFEN
Franke will Arbeitsplätze durch Investitionen vor allem der öffentlichen Hand schaffen. Öffentliche Mittel für das Städtebauförderungsprogramm und die Dorferneuerung in Höhe von 10 Mrd. DM könnten die Beschäftigung um durchschnittlich 170.000 erhöhen.

VERSCHULDUNG IN DEN METROPOLEN

Die Kaufkraft der Arbeitslosen hat sich laut WSI (Institut des DGB) in den vergangenen 8 Jahren um 22% verschlechtert. Durchschnittlich erhalten Arbeitslose noch 980 DM Arbeitslosengeld. 12% der Haushaltskosten werden durch Bankguthaben und Aufnahme von Krediten bestritten! 33% der Arbeitslosenhaushalte sind bereits verschuldet. Einen Teil des Einkommens verdienen andere Familienmitglieder (...vielleicht die Frauen?).

DIESMAL IST DER SOMMER SCHULD!

3% mehr Arbeitslose
Im Juli ist für Franke der 3% Anstieg der Arbeitslosenrate der Sommer, die Ferienzeit und der Schulschluß verantwortlich. Der Kündigungstermin für Angestellte zum Quartalsende im Juni und das Ende der betrieblichen Ausbildung machen sich auch bemerkbar.

Der DGB bezeichnet diese Verunglimpfung des Sommers als arbeitsmarktpolitisches Armutszeugnis für die Bundesregierung.

Die Grünen fordern ein arbeitsmarktpolitisches und ökologisches Sofortprogramm und die FDP von den Arbeitslosen mehr Flexibilität und Mobilität. Nur wohin sollen arbeitswütige flüchten? Die Arbeitslosenquote liegt in Bremen bei 15,1%, in Hamburg bei 13,1%, im Saarland bei 12% und in Niedersachsen bei 11,5%. Auf in den Freistaat, dort liegt die Quote bei 5,1% (Südbayern - idell idell).

AUSSIEDLER UNTER DIE DÄCHER-STAATSKNETE FÜR DIE SPEKULANTENMAFIA

Der Hauseigentümer-Verband hat das Wohnungssonderprogramm für Aussiedler abgelehnt. Sie fordern Prämien als Anreiz für sie selber, Aussiedlern Wohnraum zur Verfügung zu stellen, Abschaffung baurechtlicher Hemmnisse um Dachgeschoße auszubauen und den Umbau leerstehender Büros zu Wohnungen. Vorbild ist ein in Düsseldorf seit Januar bestehendes Programm, daß Vermietern Prämien zwischen 5000 und 15000 DM zur Verfügung stellt und Umzugswilligen Mietern für die Räumung ihrer Wohnung für Aussiedler 5000 DM. Ein Sprecher meint, daß öffentliche Sonderprogramme leicht zu Fehlinvestitionen führen können, da die Städte keine Sicherheit haben, daß die Aussiedler in den neugebauten Häusern und Wohnungen auch bleiben (...und sollte dies eintreten, ist es für die Vermieter natürlich praktischer, die Mieten für die ausgebauten Dächer und Büros in die Höhe treiben zu können....).

BRD WIRTSCHAFT

ABER WIE...

MEHR LUFTFRACHT...

Der Güterumschlag auf den 12 BRD-Verkehrsflughäfen ist im vergangenen Jahr um 10,4% auf 1,27 Millionen Tonnen gestiegen.

Frankfurt am Main blieb mit fast 3/4 des Güterumschlags die unangefochtene Nummer Eins unter den Flughäfen. Abgeschlagen folgten die Flughäfen Köln/Bonn, München und Düsseldorf auf den nächsten Plätzen.

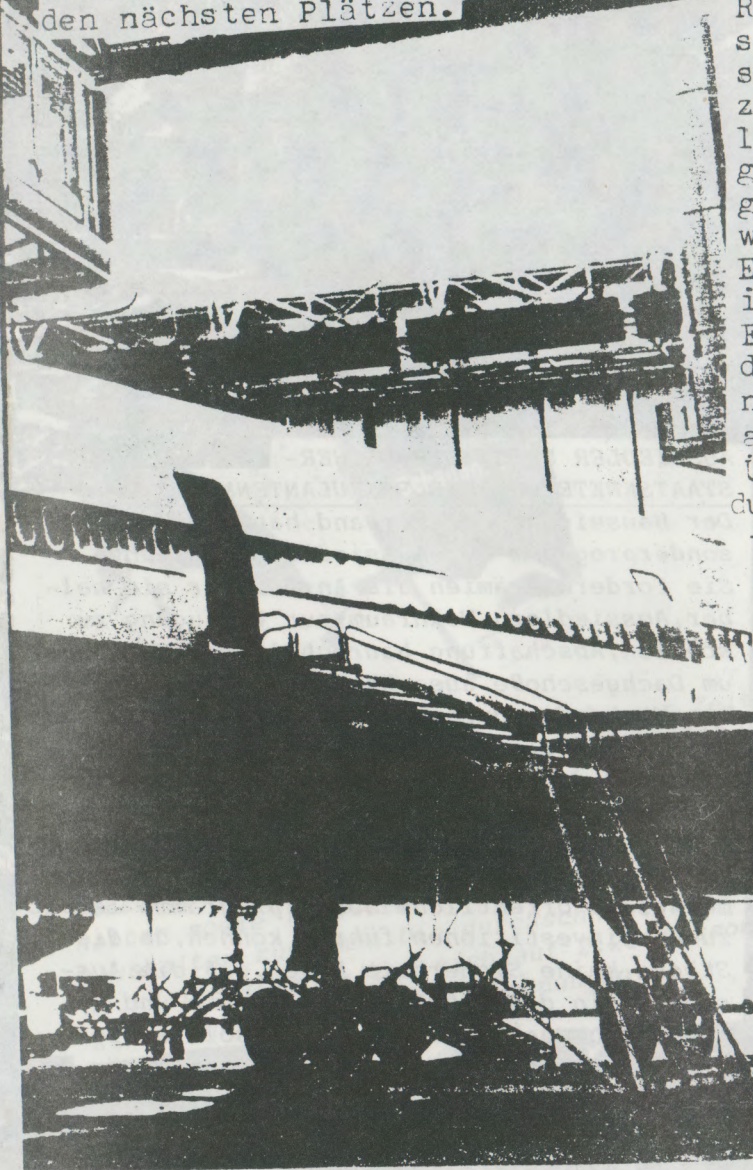
Der Frankfurter Flughafen ist nach Darstellung eines neu-erscheinenden Buchs bis in diesen Sommer hinein ein Ausgangspunkt für Rüstungslieferungen nach Iran und Irak gewesen. Der Journalist Jürgen Roth veröffentlicht unter dem Titel "Die illegalen deutschen Waffengeschäfte und ihre internationalen Verflechtungen" die Ergebnisse eigener Recherchen, wonach Frachtflugzeuge der Lufthansa noch im Juni dieses Jahres Militärgüter nach Teheran gebracht haben sollen. Außerdem seien alle 2 Monate Waffen und Munition auf dem Flughafen Rhein-Main von Maschinen aus dem Ausland in Transportflugzeuge der Iran Air oder Air Irak umgeladen wurden.

Der Sprecher des Flughafen-Hauptzollamtes, Georg Schreiber, wies die Vorwürfe zurück und sagte: "Wir kontrollieren Aus- und Durchführen strategischer Güter. Bei uns ist kein Fall vorgekommen, bei denen illegal solche Waren umgeschlagen wurden".

Roth wirft den Sicherheitsbehörden stillschweigende Duldung von Waffenschlebereien vor. So sei am 29. Dezember vergangenen Jahres ein israelisches Transportflugzeug in Frankfurt gelandet und "unter einem großen Aufgebot von Bundesgrenzschutz entladen" worden. Die Fracht - "elektronische Ersatzteile sowie Luft-Luft-Raketen für iranische F-14 und F-15 Kampfflugzeuge; Ersatzteile sowie Nachschub für Tow-Boden-Luft-Raketen" - sei unmittelbar danach vom einem Transporter der Iran Air aufgenommen worden.

Über den Frankfurter Flughafen seien Produkte eines europäischen Sprengstoffkartells in den Iran gelangt. Diesem sollen Unternehmen aus der BRD (WNC Nitrochemie, Aschau/Bayern), der Schweiz (Societe Suisse des Explosifs, SSE), den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Norwegen und Schweden angehören.

Roth wirft auch der DDR eine Beteiligung an Waffengeschäften mit Iran vor. So habe eine Ost-Berliner Import-Export-Firma im bayerischen Hof Sprengstoff vom Dynamit-Nobe, in Wien übernommen und gegen Provision nach Teheran geliefert. Der Sprengstoff sei als "Industriechemikalien" deklariert worden und stamme ursprünglich von der schwedischen Firma Bofors. Insgesamt seien bei solchen "Tarnmanövern" 343.000 Kilogramm Penthyl-Sprengstoffen und 110.000 Kilogramm Schießpulver nach Iran geliefert worden. Da Sprengstoffe nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fielen, gebe es keine gesetzliche Handhabe für Ermittlungen.



AUTOINDUSTRIE

VOLKSWAGEN WILL TEILESATZ- ABFERTIGUNG STRAFFEN

Neben anderen Fertigungsbereichen will der Autokonzern Volkswagen auch die Abfertigung zerlegter Fertigprodukte für Übersee-Exporte straffen. Ein Sprecher des Konzerns sagte am 3. August auf Anfrage, die bisher auf alle inländische Werke verteilten sogenannten CKD-Aktivitäten sollten in einer neuen Anlage in einer Nordsee-Hafenstadt zusammengefaßt werden. Dabei sei es denkbar, daß dann die Zahl von derzeit 1.700 Arbeiter im CKD-Bereich verringert werde. Derzeit werde geprüft, "in welchem deutschen Hafen diese Aktivitäten am kostengünstigsten betrieben werden können". Inoffiziellen Berichten zufolge sind als Standorte für das Projekt von etwa 40 Millionen DM Hamburg, Bremen und Emden im Gespräch. Wer die dickste Subvention hinblättert, kriegst's.

AMI-AUTOMOBILBAUERN GEHT'S GUT

Während BRD-Autokonzerne mit drohenden Absatzeinbußen zu kämpfen haben, melden ihre US-amerikanische Pardon einen Rekord nach dem anderen. Die Nummer zwei der Branche, der Fordkonzern, teilte mit, der Unternehmensgewinn sei im zweiten Quartal um 11% auf die Rekordhöhe von 1,66 Milliarden Dollar geklettert. Dabei haben sich der außerhalb der USA erzielte Gewinn 760 Millionen Dollar, einen Plus von 23,1%, überdurchschnittlich stark erhöht. Von April bis Juni steigerte Ford im Jahresvergleich seinen Umsatz um 14,8% auf 19,5 Milliarden Dollar. Bereits in der vergangenen Woche hatte der größte US-Autokonzern, die Opel-Muttergesellschaft General Motors, für das zweite Quartal einen Rekordumsatz von 29,9 Milliarden Dollar und einen um 29% auf 1,5 Milliarden Dollar erhöhten Gewinn bekanntgegeben.

Japaner weiter vorne

Der Anteil der ausländischen Fabrikate bei den Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen in der Bundesrepublik ist — ohne Ford und Opel-Fahrzeuge aus Spanien — im ersten Halbjahr '88 mit 28,7 Prozent (knapp 425 000 Wagen) fast konstant geblieben. Der Rückgang gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres betrug nur 0,4 Prozent. Dies geht aus Unterlagen des Verbandes der Importeure von Kraftfahrzeugen, Bad Homburg, hervor. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, mitteilte, gelangten im ersten Halbjahr insgesamt 454 944 im Ausland gefertigte Fahrzeuge erstmals in den Verkehr, was einem Anteil von 30,8 Prozent nach noch 31,3 Prozent 1987 entspricht. An der Spitze der Ausländer liegen wie Japaner mit jetzt 14,5 Prozent Anteil am bundesdeutschen Automarkt, vor den Franzosen mit 7,2 und den Italienern mit 4,8 Prozent. Der Japan-Anteil ist fast unverändert. Hier liegt Mazda mit über drei Prozent an der Spitze vor Toyota und Nissan mit je 2,8 Prozent. Größte Auslandsmarke ist allerdings Fiat mit 4,2 Prozent. Erstmals sind auch die Amerikaner wieder sichtbar vertreten.

WAA, PAPST UND FUßBALLSPIELE SCHÜTZEN CSU FORDERT SACHLICHE KRITIK AN REPRESSION

als "höchst unsachlich und beinahe hysterisch" hat der bayerische Innenminister Lang die anhaltende Kritik an der geplanten Ausweitung des Polizeigewahrsams von 2 auf 14 Tage zurückgewiesen, die das bayerische Kabinett in der vergangenen Woche beschlossen hatte. Die Erfahrungen der Polizei bei Auseinandersetzungen mit AKW-GegnerInnen am Bau- und der WAA, sowie "Sicherheitsstörungen" beim Papstbesuch 1987 und Ausschreitungen bei Fußballspielen rechtfertigten einen längerfristigen "Unterbindungsgewahrsam".

Kühne Bereicherung an Knästen
Thatchers Konsorten haben jetzt ihren Plan bekannt gegeben, daß Knäste für U-Haftgefangene künftig von privater Hand gebaut und betrieben werden sollen. Innenminister Douglas Hurd begründete diese Entscheidung mit der ständigen Überfüllung brit. Knäste. Von der neuen Regelung erhofft man sich 'Abhilfe' und hält sie darüberhinaus noch für 'kühn und einfallreich'.

Reformer des Strafvollzugsystems melden starke Bedenken an und protestierten.

Das staatliche Gewaltmonopol untergraben
nach den Worten des Vorsitzenden der 'Sozialdemokraten in der Polizei', Kramer die priv. Sicherheitskräfte. Wegen der Steuerreform komme es bei den Bullen zu pers. und materiellen Einsparungen, die priv. Sheriffs' wie Pilze aus dem Boden schießen' lasse.

Bayern habe mit dem Einsatz der 'schwarzen Sheriffs' Vorreiterfunktion in Sachen Sicherheit kaufen übernommen. Nachdem diese 'unrühmliche Rambo-Truppe' aus den U-Bahnen verbannt wurde, wurde sie von der CSU am Flughafen Riem eingesetzt

Künftig sollen den Mitgliedern dieses priv. Sicherheitsdienstes auch freigesetzt werden Geschwindigkeitskontrollen zu durchfahren, klagt der Bulle weiter.
Das Bundesinnen- und Umweltministerium erwäge die AKWs von Privatbullen 'schützen' zu lassen. Dazu sollen sie Schutzwesten tragen, und diese auch gegen Menschen einsetzen dürfen.

In Bremen sollen Hilfssheriffs angeheuert werden, um bei Fußballspielen die Fans und ihre Fahrzeuge aus bestimmten Wohngebieten rauszuhalten (wohl nicht nur mit Umleitungsschildern).

USA: Beitrag oder Führungsanspruch bei WB stecken?

Die Weltbank erwartet von der USA für die nächsten 6 Jahre eine Zusage von 70,1 Mio. Dollar jährlich, als Aufstockung des Kapitals. Bis jetzt hat der US-Kongreß wegen der Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung! des Großteils der Schulden des Irikonts (ca 1,2 Bio Dollar) die Entscheidung über die Bewilligung der Mittel noch nicht getroffen. Der ehemalige Präsident der amerikanischen Zentralbank P Volcker bemerkte zu dieser Entscheidung: "Unser Einfluß und unser Führungsanspruch in der Bank stehen sicherlich auf dem Spiel," und bei Verwässerung des Beitrags sicherlich die Existenz der Bank!

Rohestoffpreise auf Stand von 1980
Der IWF gab bekannt, daß die Rohstoffpreise im Juni den Stand von '80 erreicht, teilweise noch darunter. Infolge der Dürreperiode in den USA waren die Ernteerträge bei Mais, Sojabohnen und Weizen sehr niedrig, so daß dort Preisanstiege zwischen 16,2 bei Weizen und 33,2% bei Mais zu verzeichnen waren. Preisabschlüsse gab es bei Nickel, Eisenerz, fellen, Bauholz, Kakao und Tee.

Milliarden Gewinne mit Schulden

Das wichtigste Instrument der Weltbank, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) hat im vergangenen Geschäftsjahr einen Gewinn von 1,004 Mrd erpreßt. Es war das vierte aufeinanderfolgende Jahr, indem sich die Gewinne im Mrd-Dollar-Bereich bewegten. Mit einem Ausleihvolumen und einem Zinssatz von 7,56 % ja kein Wunder. Die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), eine weitere Inst. der Weltbank, rühmte sich im letzten Berichtsjahr den "ärmsten" Ländern mit einem Zinssatz von weniger als 1% immerhin noch 3,3 Mrd Dollar abgegaunert zu haben.

Wir haben ein Plakat gemacht.....

das gibt es in den Läden, wo ihr
die INTERIM kauft!!!

Brasilien - Umschuldung

Nachdem die Mitgliedsländer des Pariser Clubs' eine Umverteilung der Schulden Brasiliens beschlossen haben, hat sich die staatl. Export-Import-Bank der USA erbarmt, Brasilien neue Kredite zu gewähren. Die Vereinbarung geht um 5 Mrd Dollar, wovon 30% im April 1990 und 1991 gezahlt werden sollen. Der Rest wurde, bei einer fünfjährigen Karenzzeit auf 10 Jahre umgeschuldet.

IWF

WB

PRESSEERKLÄRUNG ZU DEN RÄUMUNGEN IN DER REICHENBERGER STRASSE 114

Trotz Bullenterror sind wir wieder in den Wohnungen !!!!!!!!!!!!!

Am Tag vor der Räumung werden Leute vom Haus und die am Haus befestigten Transparente von Zivis fotografiert. Das dies eine Vorbereitung auf die am darauffolgenden Tag vorgesehene Räumung sein könnte, damit haben wir nicht gerechnet.

Am 2. August, morgens neun Uhr, rücken sechs Bullenwannen an, Kripo, Hausbesitzer (Albrecht Weber, Mariendorfer Damm 187, 1-42), ein Vertreter des Vereins SO 36 und die TAZ ließen auch nicht lange auf sich warten. Alle Aufgänge im Haus werden militärisch besetzt. Fünf von Frauen besetzte Wohnungen und eine Wohnung, für welche schon seit Jahren ein Nutzungsvertrag existiert, werden aufgebrochen und durchsucht. Gegen Bewohnerinnen die in den Wohnungen angetroffen werden, wird durch Weber Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt. Andere Leute die das Haus betreten oder verlassen wollen werden zur Personalienfeststellung vorübergehend festgenommen. Einer sitzt immer noch.

Am Tag darauf setzen wir bei der Sanierungsverwaltung und durch ein Treffen mit dem Spekulanten Weber die Zusage auf Nutzungsverträge durch. Wie die Nutzungsverträge im einzelnen aussehen die demnächst abgeschlossen werden sollen ist noch unklar. Klar ist den Betroffenen das die Nutzungsgebühr ausschließlich die Betriebskosten beinhalten soll. Den Mieterverein fordern wir auf, sich nicht weiter als Interessenvertretung der Bewohnerinnen auszugeben. Dieser vertritt nicht unsere Forderung nach Instandsetzung und Nicht-Duldung von Leerstand, sondern versucht uns das Modernisierungs-Instandsetzungs-Mischkonzept mit Überredungstaktik durch Einzelgespräche mit Betroffenen aufzuzwingen.

Unsere Forderung nach Instandsetzung und Nicht-Duldung von Leerstand besteht fort. Eine ausführliche Erklärung zur Geschichte und Situation im Haus sowie eine politische Einschätzung folgt.

VENCEREMOS



WEBER DIES WAR DEIN LETZTER STREICH - MIT DIESEM HAUS WIRST DU NIEMALS REICH !!!

Liebe Genossen/-innen,

Am 10. August findet in Amsterdam der Prozess gegen René statt, einer der 8 Leuten die am 11.4.88 mittels einer Razzia von den Polit-Bullen verhaftet wurden. Er ist jetzt der letzte der noch eingesperrt ist. Die anderen waren alle innerhalb 10 Tagen auf freien Fuss, wegen mangelnder Beweise. Beabsichtigtes Ziel dieser Bullen-Aktion war, durch Hausdurchsuchungen und lange, intensive Verhöre, die Beweise wegen einer langen Reihe von militanten Aktionen die zwischen '84 und '88 von etlichen Kommando's mit unterschiedlichen Namen, Revolutionäre Zellen, RARA, ausgeführt wurden. Mit dem Ziel einen konkreten Angriff auf die westlichen Interessen in der Region Südafrika's, zu eröffnen, aber auch als Ausdruck von internationaler Solidarität und Bewusstseins dass militante Politik auch eben hier praktiziert werden muss. Vor allem gerichtet gegen 'holländische' multinationals. Wie Shell, SHV (Makro), van Leer, Das Bullenkonzept beinhaltet die Behauptung dass eine Kerngruppe von 15 bis zu 20 Menschen in wechselnder Zusammenstellung für alle Aktionen verantwortlich sei, weiter behaupten sie technische Spuren aufgetrieben zu haben, nach enormen Aufwand wonach feststehe dass René an diesen Aktionen beteiligt gewesen wäre. Er selbst hat, wie die anderen, immer eine Aussage verweigert, 6 Wochen lang, bis endlich nach einer Klage seines Anwalts die täglichen, stundenlangen Verhöre auf gerichtlichen Befehl eingestellt wurden.

Mit Hinblick auf diese Hintergründe ist dies eigentlich der erste Prozess in Holland, seit langem. Ein kontra-revolutionärer Prozess.

Am Abend zuvor, den 9. August, findet in Amsterdam eine Veranstaltung statt zur Mobilisierung und zur Information. Eine Veranstaltung die Teil einer offensiven, politischen Antwort gegen die Entwicklung in Zusammenhang mit der Europäischen Vereinheitlichung sein sollte. Entwicklungen die ihr auch hautnah kennt.

Der Razzia und die Verhaftungen heizten hier die Diskussionen wieder auf. Vor einer Woche wurde eine Brochure ausgegeben, die wir euch jetzt schicken. Eine Brochure mit Diskussionsbeiträgen von sämtlichen Gruppen aus dem Widerstand. Die Veranstaltungsgruppe, das Frauen Infozentrum, anti-faschisten, schwulen und lesbien, antimilitaristen, und eine Jobbergruppe. Beiträge an einer Diskussion um weniger isoliert von einander den Widerstand mehr breite und schärfe zu geben. Aus der eigenen Geschichte heraus sind Artikel geschrieben mit ihrer Position und Blick auf Strategie, Perspektive und mögliche Zusammenarbeit. In dem Sinne einen Bruch mit dem Prozess der Spaltung und Entfremdung aus der frischen Vergangenheit. Der Bildung einer Front und Gegenmacht sind 2 zentrale Fragen die hervorgebracht aber noch vertieft werden müssen.

Im letzten Teil der Brochure gibt's mehr Infos zu Datenerfassung und internationale 'Terrorbekämpfung' und zum Schluss einen Brief von René aus dem Knast.

Zitat aus dem Vorwort der Veranstaltungsgruppe: "Wir beanspruchen nicht ein vollständiges Bild zu geben und alle Facetten jetzt abgeklärt zu haben. Uns ist es wichtig dass die Brochure sowie auch die Veranstaltung und Prozess, die laufenden Diskussionen im Widerstand erneut anregen. Einen Widerstand der erst recht Kraft enthält wenn gemeinsame Diskussionen und gemeinsames Handeln zustande kommen!".

Der Prozess am 10. August wird wahrscheinlich den ganzen Tag andauern. An diesem Tag wollen wir kontinuierlich in und um den Gerichtsbau herum anwesend sein. Als kurzfristiger Erholungsort wird die Besetzerkneipe 'Vranckrijk' auf haben. Trotz des Sommerlochs erwarten wir viele Menschen aber auch ein schroffes Gericht und generfete Bullen. Wegen dem letzten wird unsere Haltung gemeinsam aber taktisch defensiv sein müssen.

Ein regelmässiger Bericht wird nach aussen abgegeben für alle die nicht in der abgeschotteten Publikumsraum Platz nehmen können.

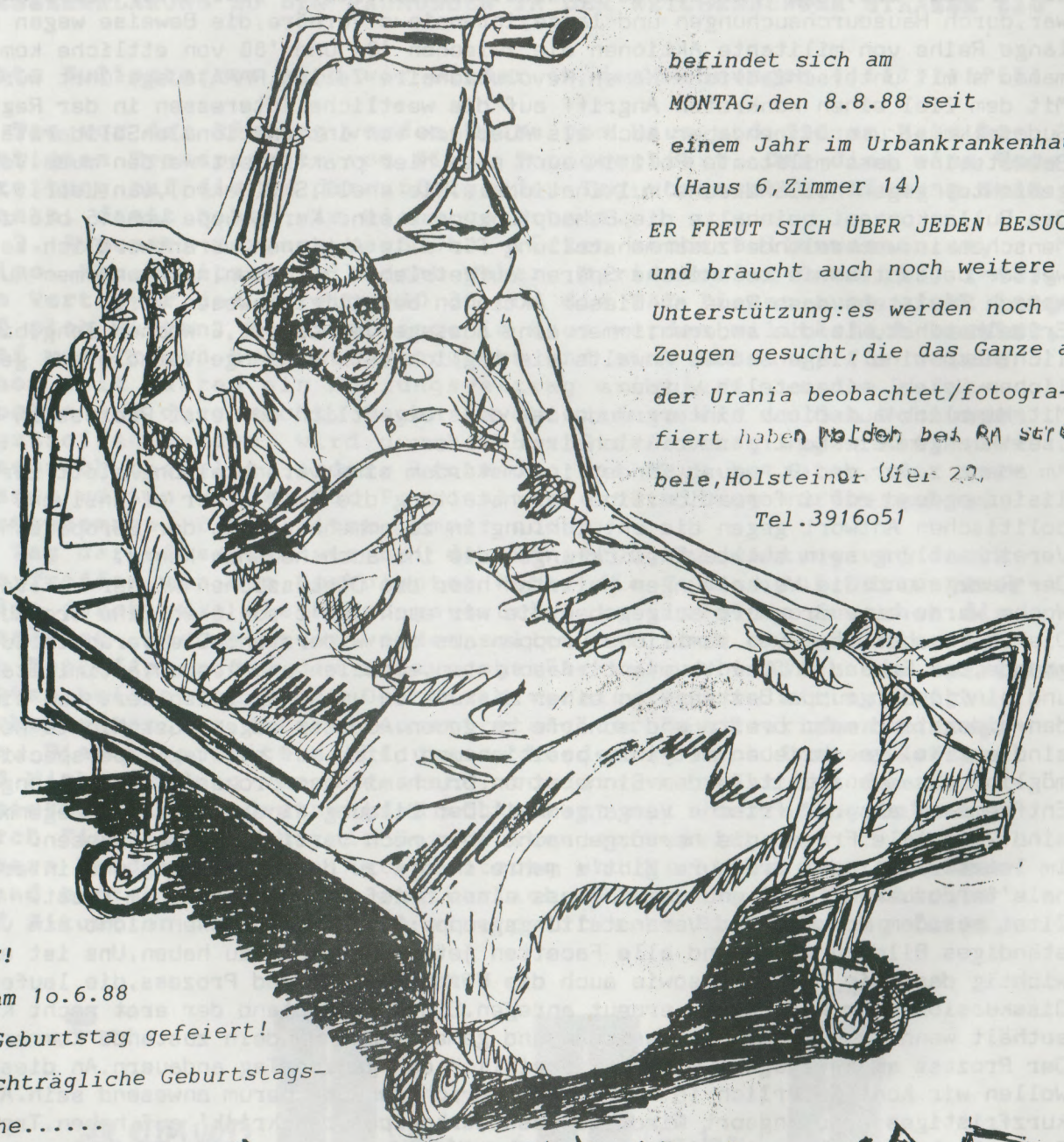
Ihr werdet verstehen dass wir die ganze Brochure nicht übersetzen können. Während der Veranstaltung werden wir aber Übersetzungen auf Deutsch und English organisieren. Später nach dem Prozess werden wir unser Bestes tun damit auf jeden Fall einige Artikel übersetzt werden. In der Zwischenzeit hoffen wir dass das Unwarscheinliche geschafft wird und ihr irgendwo Übersetzer/-innen aufreiben könnt.

Meldet uns das, bitte!

Hiermit seid ihr herzlich eingeladen zur Fahrt nach Amsterdam für den 9. August und den 10. August. Noch besser wäre es wenn ihr noch früher kommen könnt, damit wir gemeinsam was auf die Reihe kriegen können.

FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND REVOLUTIONÄRE WIDERSTAND!

PAULE



befindet sich am
MONTAG, den 8.8.88 seit
einem Jahr im Urbankrankenhaus!
(Haus 6, Zimmer 14)

ER FREUT SICH ÜBER JEDEN BESUCH
und braucht auch noch weitere
Unterstützung: es werden noch
Zeugen gesucht, die das Ganze an
der Urania beobachtet/fotogra-
fiert haben. Wenden bei RA Strö-
bele, Holsteiner Vier 22.

Tel. 3916051

ÜBRIGENS!

Paule hat am 10.6.88
seinen 68. Geburtstag gefeiert!
Allen nachträgliche Geburtstags-
glückwünsche.....

BESUCHEN

Bei der Demonstration gegen die faschistische Mun-Sekte (CARP)
am 8.8.87 wurde Paule von den EK/EbLT schlagertropps gejagt
und zog sich einen komplizierten Trümmerbruch am linken Bein
zu. Er hat bis jetzt 13 Operationen gehabt-es besteht die Ge-
fahr, daß das Bein bei weiteren Komplikationen amputiert werden
muß.

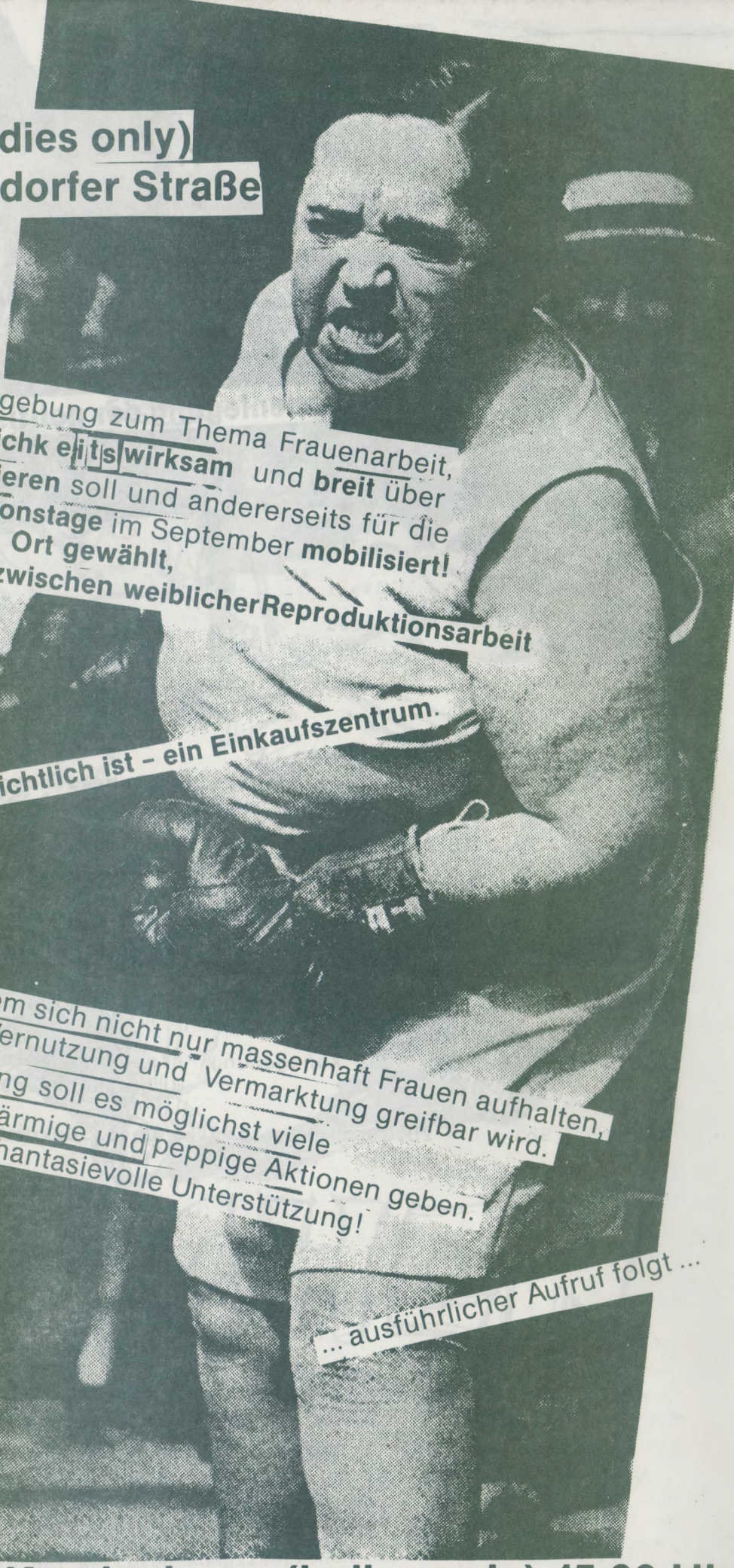


- 7.8. So. 12.30 Uhr Anti Imperialistische Stadtrundfahrt
Abfahrt bei Schwarze Risse
- So. 20.30 Uhr Kiezküche ' Mit Gemüsesuppe und Dias IWF verjagen..' zu haben gegen einen Solibetrag von 50M in der
Kohlfurter 46
- So. 20.00 Uhr Filme gegen IWF " L'Ucre & Gregorio " im EX
- 10.+11. Mi,Do 21.00 Uhr Filme gegen IWF " Ceylon - Film" im KOB
- 12.8. Fr. 15.30 Uhr Kundgebung " Frauenarbeit" ,siehe Rückseite
Wilmerdorferstr.
- 14.8. So. 20.00 Uhr Diareihe über Südkorea im EX

Mehr nicht??????????????

Freitag, 12. 8. 88,

Kundgebung (ladies only)
15.30 Uhr Wilmersdorfer Straße



Aufruf zu einer Kundgebung zum Thema Frauenarbeit,
die einerseits öffentlich elits wirksam und breit über
unsere Inhalte informieren soll und andererseits für die
Frauen- und Lesbenaktionstage im September mobilisiert!
Wir haben hierfür einen Ort gewählt,
wo die Verflechtungen zwischen weiblicher Reproduktionsarbeit

und Lohnarbeit offensichtlich ist – ein Einkaufszentrum.

Das ist ein Ort, an dem sich nicht nur massenhaft Frauen aufhalten,
sondern wo unsere Vernutzung und Vermarktung greifbar wird.

Neben der Kundgebung soll es möglichst viele
kleine, große, bunte, lärmige und peppige Aktionen geben.
Wir hoffen auf eure phantasievolle Unterstützung!

... ausführlicher Aufruf folgt ...

Freitag, 12. 8. 88 Kundgebung (ladies only) 15.30 Uhr
Wilmersdorfer Straße